

Die Kaczynskis auf Abwegen

Polen Im Kampf um die Macht und gegen die Korruption gefährden sie den Rechtsstaat



PAUL FLÜCKIGER, WARSCHAU

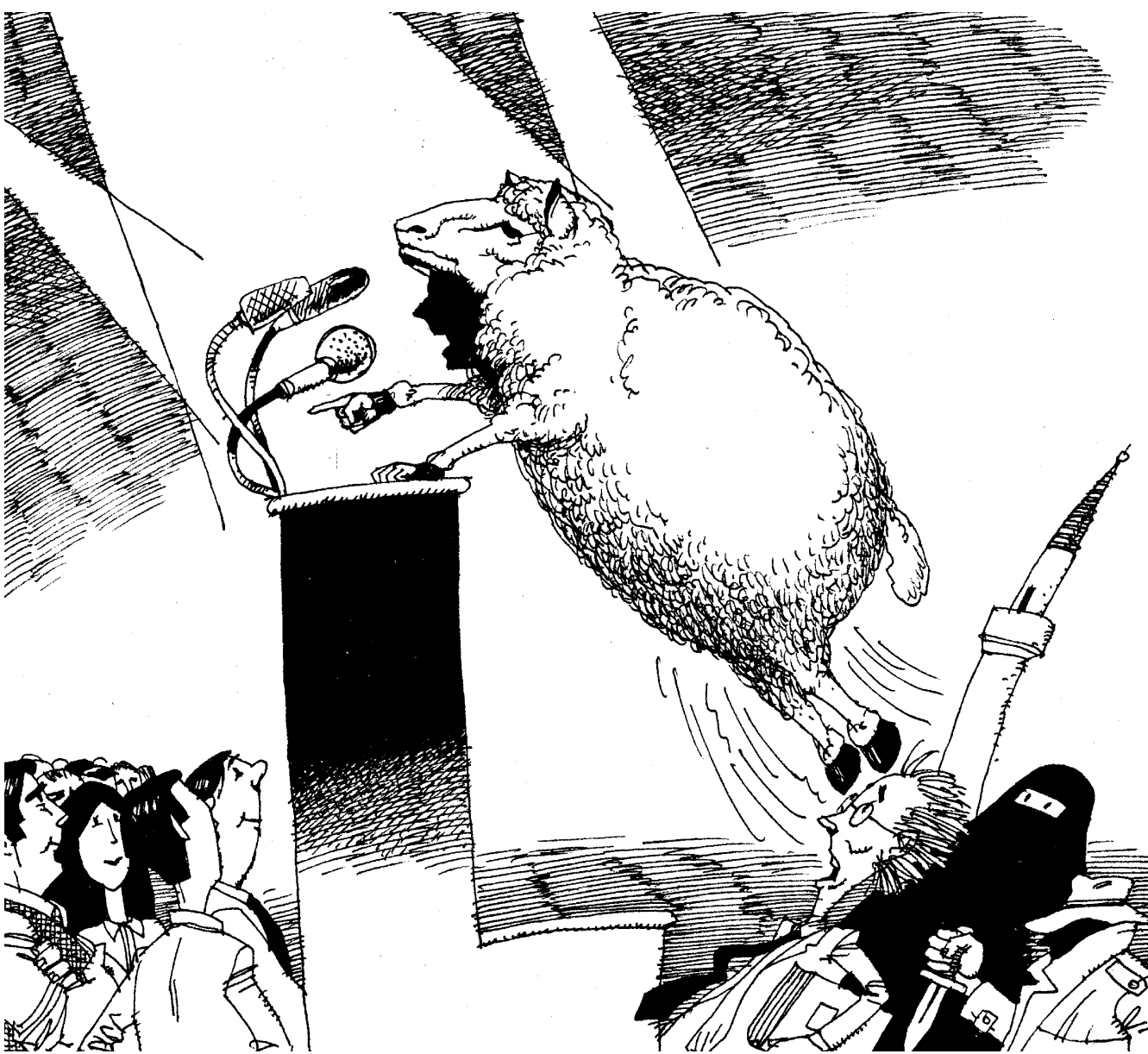
Niemand wird bestreiten, dass Polen seit Jahren ein grosses Problem mit der Korruption auf allen Ebenen hat. Im Korruptionsindex von Transparency International (TI) nimmt das Land aktuell Rang 61 ein, und ist damit der korrupteste Mitgliedsstaat der Europäischen Union. Jede Regierung seit der Wende hat sich bisher dem Kampf gegen dieses Unwesen verschrieben, doch keine hat den Anti-Korruptions-Kampf bisher so unerschrocken geführt wie die Kaczynski-Regierung, die bei diesem Kampf auch vor den eigenen Reihen nicht Halt macht.

Ein aktuelles Beispiel: Die von Ministerpräsident Jaroslaw Kaczynski ins Leben gerufene und ihm direkt unterstellte Anti-Korruptions-Behörde (CBA) will testen, ob der Landwirtschaftsminister bereit ist, gegen Schmiergeld Agrarland in Bauland umzuzonen. Die von der CBA geplante Geldübergabe muss abgebrochen werden, weil der Minister offenbar gewarnt wurde. Ob er das Geld tatsächlich angenommen hätte, weiss man nun nicht. Ein Schuldiger für das Missgeschick muss her. Es bietet sich dazu Innenminister Kaczmarek an, der zufälligerweise seit ein paar Wochen mit dem Justizminister, einem Zögling Kaczynskis, zerstritten ist. Im heutigen Polen ist der Justizminister gleichzeitig Generalstaatsanwalt, eine Eigenheit, die zwar die demokratische Gewaltentrennung verletzt, der Regierung allerdings das Regieren einfacher macht. Kaczmarek wird abgesetzt, dann festgenommen. Während er in Haft sitzt, hält die

Staatsanwaltschaft eine live übertragene Pressekonferenz ab, in der suggestiv Indizien für eine staatsgefährdende Verschwörung von Kaczmarek und einem Oligarchen präsentiert werden. Danach wird Kaczmarek offenbar mangels Beweisen wieder freigelassen. Letzteres wäre in Putins Russland kaum möglich gewesen und noch weniger in Stalins Sowjetunion. Aber: Polen ist seit Mai 2004 Mitglied der EU, auch wenn diese Tatsache von den Kaczynski-Zwillingen nur dann unterstützt wird, wenn Gelder aus Brüssel ankommen.

Auf dem Weg vom 61. Korruptionsrang bei Transparency International zum 28. Platz, wo sich heute die einstige Sowjetrepublik Estland befindet, schreckt Premier Kaczynski tatsächlich vor nichts zurück. Das obige Beispiel bezeugt dies. Es bleibt jedoch die Frage nach den Mitteln. Nicht nur wurden sowohl der eigene Landwirtschafts- wie der eigene Innenminister telefonisch überwacht. Die Kaczynskis schreckten bisher auch vor scharfen Attacken gegen das Verfassungsgericht nicht zurück. Diese (noch) nicht der Regierung unterstellte Institution hatte sich etwa erlaubt, auf der Demonstration für Homosexuelle zu beharren. Von Kaczynski kontrolliert sind dafür staatlich Fernsehen und Radio. Hat also der tschechische Ex-Dissident Vaclav Havel recht, wenn er sich Sorgen um die Demokratie im östlichen Nachbarland macht? Vieles unter den Kaczynski-Zwillingen deutet leider darauf hin. Immerhin gibt es in Polen noch Privatfernsehkanaäle und sogar unabhängig denkende Minister.

ausland@azag.ch



CLAUS KNEZY

Hatte Kleist Plattfüsse?

Gastautorin Demokratiezersetzende Strategien im Wahlk(r)ampf 07



REGULA STÄMPFLI

Hätte mir vor zehn Jahren jemand erzählt, die medienmässig bestplatzierten Wahlkampfaktionen Anfang des 21. Jahrhunderts bestünden darin,

schaftige Skandalplakate aufzustellen, Baden mit Bagdad zu vergleichen, erfundene Verschwörungstheorien in Leitblättern zu platzieren sowie die eigene Ehefrau auf Wahlkampftour zu schicken, ich hätte laut herausgelacht. Hätte mir vor zehn Jahren jemand erzählt, dass die Schweizer Wahlen im Jahr 2007 nach dem Drehbuch «Leitfaden für Antidemokraten» ablaufen, ohne dass sich die hochsubventionierten sozial- und geisteswissenschaftlichen Universitätsprofessoren in diesem Land zur Verteidigung der Demokratie öffentlich und laut äussern, ich hätte wohl nur ungläubig den Kopf geschüttelt. Doch heute ist mir das Lachen im Hals stecken geblieben und mein ungläubiges Kopfschütteln verwandelt sich langsam, aber sicher in grosse Empörung. Wahlen sind für eine Demokratie lebenswichtig. Selbst in einer Demokratie, die meint, über jeden Zweifel erhaben zu sein, nur weil das Volk wie im Kolosseum alle zwei, drei Monate seine Daumen einmal rauf oder runterstrecken kann. Demokratie lebt von Argumenten. Demokratie lebt von klugen, verantwortungs- sowie machtbewussten Parteien. Demokratie lebt von einer lebendigen Intelligenz, die sich unter Beteiligung vieler an entscheidenden Themen reibt. Demokratie lebt von einem Mindestmass an politischer Bildung und demokratischem Grundverständnis.

All dies jedoch scheint in der Schweiz zu fehlen. Die Professoren sind wohl zu sehr mit ihren deutsch-deutsch-internationalen Netzwerken für die weitere umfassende Globalisierung der mit Schweizer Steuergeldern bezahlten Universitäten beschäftigt, als dass sie wüssten, wie man «direkte Demokratie» buchstabiert oder was am 21. Oktober

2007 überhaupt in ihrem Arbeitgeberland stattfindet.

Doch wahrscheinlich ist diese Analyse total unter der Gürtellinie und ich entschuldige mich für den nationalistischen Ausrutscher. Denn wahrscheinlicher ist, dass die hochbezahlten geisteswissenschaftlichen Universitätsintellektuellen mit Doktorarbeiten wie «Hatte Heinrich von Kleist Plattfüsse?» oder «Stiluntersuchungen zu Hitlers Sprachfehler», «Recherchen zur Transvestie der Geisshirtin im 13. Jahrhundert» sowie «Sozialwissenschaftliche mathematische Modelle zur Relevanz von Kommastellen in Wahlumfragen» viel zu beschäftigt sind, um sich auch noch um Themen wie die demokratiezersetzenden Wahlkampfstrategien rechtspopulistischer Parteien im 21. Jahrhundert zu kümmern.

Auf diesem Hintergrund ist es also sicher unfair, von den historischen, philosophischen, wirtschaftswissenschaftlichen und juristischen Fakultäten dieses Landes zu erwarten, dass sie relevante

der Unterscheidung von Identität und Repräsentativität verletzt. In dieselbe Unwirklichkeit der Wirklichkeit passt es auch, in den Zeitungen ausschliesslich über Prozentverschiebungen bei Wahlumfragen zu diskutieren und im Schweizer Fernsehen über «Parteien-Schlagfertigkeitseminare» zu berichten sowie tatsächlich den ehemaligen Mr. Schweiz zur Frage zu interviewen, für welche Partei sich sein schönes Lächeln schliesslich entscheidet. Da fällt es auch nicht auf, wenn der im Fernsehen zu diesem Phänomen befragte Jungpolitologe meint, es sei Prominenten wirklich abzuraten, sich in einer Partei zu engagieren, da dies nur ihrem Image schaden könnte. Auch dieser «Experte» war wohl zu sehr mit äusserst wichtigen Studien à la «Parallellität institutioneller Reformwahrscheinlichkeit kommunikativer Pannelentscheide» beschäftigt, um sich an die Kriterien des britischen Staatsphilosophen John Locke zu erinnern, der in schlichter Sprache die wichtigsten Grundpfeiler demokratischer Gesellschaften als «Leben, Freiheit und Eigentum» beschrieb und meinte, jeder Bürger solle sich mit Argumenten und Taten für den Schutz solcher Gesellschaften einsetzen.

Offenbar liegt es nur noch ganz wenigen Intellektuellen und medienpolitisch relevanten Akteuren daran, die mögliche Universalität demokratischer Politik sowie Lebensformen zu behaupten. Da muss man als urteilsfähige Demokratin schon aufpassen, nicht zynisch zu werden. Denn bei all dem unwirklichen Treiben erschüttert ja nicht, was ganz allgemein die Feinde der Demokratie antun, denn das taten sie schon immer – sondern was die eigenen Freunde alles nicht tun.

Erschütternd ist nicht das, was die Feinde der Demokratie antun (das taten sie schon immer), sondern was die eigenen Freunde alles nicht tun

Diskussionsbeiträge zu aktuellen Wahlen leisten. Denn schliesslich wusste schon der grosse Soziologe Max Weber davon zu berichten, dass undemokratischen, bürokratisch-technokratischen Herrschaften nichts Besseres passieren kann, als die flächendeckende Entpolitisierung der Gesellschaftswissenschaften.

Dass Max Weber dies als Kritik und nicht als Programm formulierte, fällt in Zeiten mangelnder Unterscheidungskraft ja sowieso nicht mehr auf. Ebenso wenig wie es den Medien im Herdentrieb unreflektierter Kopierlust – vergleichen Sie mal die Online-Auftritte der wichtigen Tageszeitungen – auffällt, wie völlig absurd es ist, einer «Mi Ma meint...» plappernden Ehefrau seitenweise Medienauftritte zu vermitteln, und dies allen Ernstes als Information für die künftigen Wahlen zu verkaufen. Dabei wird jede demokratische Katego-

ganz wenigen Intellektuellen und medienpolitisch relevanten Akteuren daran, die mögliche Universalität demokratischer Politik sowie Lebensformen zu behaupten. Da muss man als urteilsfähige Demokratin schon aufpassen, nicht zynisch zu werden. Denn bei all dem unwirklichen Treiben erschüttert ja nicht, was ganz allgemein die Feinde der Demokratie antun, denn das taten sie schon immer – sondern was die eigenen Freunde alles nicht tun.

Regula Stämpfli, Politologin, Dozentin, Buchautorin, lebt in Bern und Brüssel. Mutter von drei Söhnen. www.regulastaempfli.ch

Die Luft wird langsam dünn

«Kassensturz» UBI heisst Beschwerde gegen SF-Konsumentensendung gut



OLIVER BAUMANN

Das Urteil der Unabhängigen Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen (UBI) lässt an Deutlichkeit nicht zu wünschen übrig: Das Konsumentenmagazin «Kassensturz» des Schweizer Fernsehens hätte die mit einer versteckten Kamera gefilmten Bilder aus der Praxis eines Zürcher Schönheitschirurgen nicht senden dürfen, so die UBI, die Ende der vergangenen Woche eine entsprechende Beschwerde gut hiess. Der Entscheid fiel mit 6:0 Stimmen.

Im «Kassensturz»-Beitrag wurde unter anderem gezeigt, wie der prominente Arzt die Brust einer «Patientin» – ein «Lockvogel» der «Kassensturz»-Redaktion – untersucht und diese mehrmals berührt.

Die Sendung sorgte für einigen Wirbel. Medienrechtler, die sich zum Fall äusserten, waren mehrheitlich der Ansicht, dass die Bilder nicht hätten gezeigt werden dürfen. Ueli Haldimann, der als Chefredaktor gemäss den publizistischen Leitlinien des Schweizer Fernsehens die Aufnahmen bewilligen musste, verteidigte hingegen das Vorgehen des «Kassensturzes». Und auch DRS-Ombudsmann Achille Casanova hielt die verdeckte Recherche in einer Stellungnahme für legitim.

Laut dem Strafgesetzbuch sind Aufnahmen mit der versteckten Kamera grundsätzlich verboten, eine Veröffentlichung kann aber straffrei sein, wenn ein überwiegendes öffentliches Interesse an einem Sachverhalt besteht, der nur mit einer versteckten Aufnahme belegt werden kann. Den Beweis für dieses «öffentliche Interesse» bleiben die TV-Macher bisher aber schuldig. Mit dem nun erfolgten Entscheid der UBI wird die Luft für Chefredaktor Haldimann, der in dem Fall auch bereits von der Zürcher Staatsanwaltschaft vernommen wurde, langsam dünn.

oliver.baumann@azag.ch